

V0511/23

Fortschrittsbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 05.07.2023

Herr Schneider verweist auf den vor 13 Monaten gefassten Beschluss und zeigt sich erfreut, dass von den insgesamt 31 Maßnahmen bereits 22 auf den Weg gebracht worden seien. Den Fortschrittsbericht 2023 stellt er anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Zur Fernwärme von INquartier und Seehof teilt Herr Schneider mit, dass es sich hier um einen Zukunftswärmelieferanten für Ingolstadt handelt. Es müsse aber sichergestellt werden, dass die Fernwärme klimaneutral erzeugt werde. Nach den Worten von Herrn Schneider sei bereits ein Wärmewendeplan in Auftrag gegeben worden, weil sich die Kommunen langfristig um die Energieversorgung kümmern müssen. Fernwärme bedeute auch, dass die dadurch versorgten Gebäude, aber trotzdem energetisch saniert werden müssen. Insofern sei die Fernwärmeversorgung durch INquartier gut, da dort der Energiestandard sehr hoch sei und somit entsprechend wenig Fernwärme benötigt werde. Nicht zielführend sei eine Fernwärmeausstattung ohne die Sanierung der Gebäude. Auch müssen sich Gedanken darüber gemacht werden was passiere, wenn weniger Müll in der Müllverbrennung verbrannt werde. Herr Schneider verweist auf den derzeit bearbeiteten Wärmewendeplan in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, welcher Lösungswege aufzeigen solle. Er sichert eine Vorstellung dessen für Herbst dieses Jahres zu.

Das Thema Nahwärmenetz „Seehof“ werde auch im Wärmewendeplan behandelt. Hierbei handelt es sich um die Prüfung bei Neuanlage der Quartiere, bzw. die Sanierung. Im Hinblick auf die Entfernung stelle sich dies dort als schwierig dar. Aber das Nahwärmenetz sei positiv um neue Wohngebäude anzuschließen und somit grundwassergespeiste Wärmepumpen über PV Anlagen mit Strom versorgt werden können. Dies seien umsetzbare Zukunftskonzepte, welche in den Baugebieten untersucht werden. Weiter verweist Herr Schneider auf neue Maßnahmen wie die Moorrenaturierung. Hierbei handelt es sich um ein Projekt der Region 10 und der Umweltstiftung. Beteiligt sei hier auch die Audi-Umweltstiftung. Hier solle auch geprüft werden, was in Ingolstadt im Schuttermoos durch die Moorrenaturierung möglich sei. Aber auch im Bereich Etting und Oberhaunstadt solle geprüft werden, wo eine Moorrenaturierung und somit ein Beitrag zur regionalen CO2 Einsparung als Ausgleich für die unvermeidbaren Emissionen möglich sei. Weiter verweist Herr Schneider auf den Wettbewerb Solar, zum Zuwachs von Solarflächen. Hier liege Ingolstadt im Städtevergleich auf Platz 13 bei den Großstädten und auf Platz zwei der bayerischen Großstädte. Zum Förderprogramm Solaranlagen seien bereits vom 1. bis 5. Juli, 98 Anträge eingegangen und eine Fördersumme von 228.000 Euro beantragt worden. Dies werde sehr gut angenommen, so Herr Schneider. Er regt an, die Förderung dahingehend zu ändern, dass die Gelder für die Mini-Solaranlagen auf die Dach-Solaranlagen umgeschichtet werden und die vorgesehenen Gelder für das Jahr 2024 jetzt schon zur Verfügung gestellt werden. Er gehe nicht davon aus, dass alle fünf Tage so viel Geld beantragt werde, aber im Hinblick auf den Förderbeginn vom 1. Juli habe es einen Stau gegeben.

Stadträtin Hagn zeigt sich erfreut über die Berichterstattung und merkt an, hier auf einen guten Weg zu sein. Zum auf Seite drei des Berichts erwähnten Wasserkraftwerk verweist sie auf einen Antrag ihrer Stadtratsgruppe und merkt an, dass das Wasserkraftwerk ohne eine Umrüstung kurzfristig keine Rolle mehr spielen könne. Sie fragt nach, ob es seitens der Stadt eine Art der Interessensbekundung gegeben habe, dies langfristig wieder in die kommunale Hand zu bringen. Weiter erkundigt sich Stadträtin Hagn zu den PV-Kapazitäten. Hier habe die Stadt das Ziel ausgegeben, dass 50 Megawatt Zubau pro Jahr erfolgen sollen. Allerdings seien es in der Prognose nur 25 bei den Ausbauplänen der städtischen Beteiligungen. Hier fehle ihr die Größenordnung für die geplanten Ausbaukapazitäten. Sie bittet um Auskunft was von Seiten der Beteiligungen zu erwarten sei. Stadträtin Hagn weist darauf hin, dass im letzten Stadtrat in Aussicht gestellt worden sei, dass seitens der Stadtwerke in der Juli-Sitzung ein Plan präsentiert werde. Bei der Energiekarawane handelt es sich um wichtige Triebfelder für diesen Ausbau. Dabei verweist sie auf die 25 stattgefundenen Beratungstermine. Stadträtin Hagn fragt nach, wo die Beratungen hingeführt haben. Zur Energieagentur stellt sie die Frage, warum in der Region nur Pfaffenhofen beteiligt sei.

Herr Schneider verweist auf das Wasserkraftwerk an der Donau und den vielen Mühlen, entlang der Schutter. Er merkt an, dass die Mühlenrechte die eine Stromerzeugung ermöglichen würden, teilweise weit genutzt werden. Das Kraftwerk an der Donau produziere ausschließlich für die Deutsche Bahn, welche langfristige Verträge habe. Die DWK welche das Wasserkraftwerk an der Donau betreibe, sei in staatlicher Hand, aber der Vertrag mit der Deutschen Bahn bleibe bestehen. In der Summe sei es so, dass der Strom genutzt werde. Ob dieser seitens der Stadt oder von der Bahn genutzt werde, sei für die CO2 Bilanz egal. Beim Fünfzig-Megawatt-Zubau verweist Herr Schneider auf den Investitionsstau. Dieser löse sich aber langsam auf. Die Stadt stehe mit den Stadtwerken in enger Verbindung. Die Stadtwerke sollen als Generalunternehmer den Ausbau auf den städtischen Flächen und Gebäuden übernehmen.

Stadträtin Hagn verweist auf die Ausbaupläne der städtischen Beteiligungen und fragt nach, ob hier Größenordnungen hinterlegt seien.

Herr Schneider könne hierzu keine konkrete Aussage treffen. Erst nach der nächsten stattfindenden Klimakonferenz, wo alle städtischen Beteiligungsgesellschaften und Vertreter der städtischen Referate teilnehmen, könne er informieren. Die Klimakonferenz finde zweimal jährlich statt. Herr Schneider verweist hierzu auf den fruchtbaren Austausch, denn die Verwaltung lerne innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises voneinander. An Stadträtin Hagn gewandt könne er keine konkreten Zahlen nennen. Er teilt aber mit, dass alle Tochtergesellschaften eine eigene CO2 Bilanzierung ausarbeiten, um bis zum Jahr 2030 die Klimaneutralität zu erreichen. Dies beinhalte auch den Ausbau von Solaranlagen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass sich die Stadt das Photovoltaikprogramm für städtische Gebäude für Juli vorgenommen habe. Hier seien die Stadtwerke Federführend. Der Vertrag habe aber aufgrund von rechtlichen und steuerlichen Fragen noch nicht abgeschlossen werden können. Insofern werde hierzu erst eine Vorlage im Oktober erfolgen.

Zur Energiekarawane merkt Herr Schneider an, dass dies quartiersweise durchgeführt werde. Hierbei handelt es sich um vier- bis sechshundert Haushalte. Da die Energieberater von Januar bis März unterwegs gewesen seien, konnte noch keine Abfrage erfolgen. Insofern liege hierzu noch keine Auswertung vor. Es sei nur bekannt, dass die Sanierungsquote ungefähr auf das vierfache steige. Bei der Durchführung der Energiekarawane werde ein Schreiben an die Anwohner, mit dem Hinweis eine kostenlose Energieberatung anzubieten, verteilt. Hierzu sei dann auch eine Evaluierung geplant. Herr Schneider gehe davon aus, im Herbst vom Energieberater eine entsprechende Rückmeldung zu erhalten. Ein weiteres Thema sei die Energieagentur. Bei den Städten Eichstätt und Neuburg herrsche hier noch eine gewisse Skepsis. Diese wollen erst mal abwarten, ob eine solche Energieagentur sinnvoll sei. Der aktuelle Stand sei, dass Ingolstadt zusammen mit Pfaffenhofen eine Energieagentur gründe. Die Landräte von Eichstätt und Neuburg wollen aber explizit informiert werden.

Stadtrat Wöhrl verweist auf die Moorvernässung und die Bedenken der Landwirte in Etting. Er merkt an, dass diese auf ein Gespräch mit der Stadtbaurätin warten. Stadtrat Wöhrl regt an, hierzu auch evtl. Tauschflächen mit anzubieten. Er betont, dass ein solches Gespräch demnächst stattfinden solle.

Bürgermeisterin Kleine sichert dies zu. Bei der gemeinsamen Studie CO₂-Region mit den Donaumoosgemeinden sei das in den Mooren steckende Potenzial zur CO₂-Bindung geprüft worden. Dabei sei man auch auf mögliche Ingolstädter Flächen gestoßen. Die Bedenken kommen aber tatsächlich von einer anderen Seite. Bürgermeisterin Kleine verweist hierzu auf den Max-Emanuel-Park. Die Hauptplanung liege beim Leiter des Gartenamtes. Sie betont, dass die Vernässung an sich das Problem sei, sondern dass die Landwirte nicht übergangen werden sollen. Um die Fläche des Parks herum gebe es schon konkrete Ideen, welche zusammen mit der AUDI entwickelt worden sei. Die Zusage sowohl an die Bezirksausschüsse, als auch an alle anderen stehe, dass nach Vergabe und Annäherung des Konzeptes, eine sofortige Information erfolge.

Frau Wittmann-Brand schließt sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an. Es sei bereits eine Vergabe an ein Planungsbüro erfolgt. Sobald erste Ideen vorliegen, werde ein Treffen mit den Landwirten stattfinden. Anders mache es keinen Sinn. Die Stadtbaurätin teilt mit, hierzu in der nächsten Bürgerversammlung zu informieren.

Stadtrat Böttcher zeigt sich erfreut, dass der Entwicklungsplan für das Klimaschutzgesetz auf einem guten Weg sei. Weiter verweist er auf die nach unten zeigende CO₂ Kurve. Zu den Maßnahmen gehören viele Bausteine, um noch effektiver zu sein. Hinsichtlich dessen verweist er auf den Donausteg im Osten der Autobahnbrücke. Seines Erachtens sei es wichtig, hier den Bund-Naturschutz und den Umweltschutz in die Pflicht zu nehmen und Zugeständnisse zu fordern. Die Stadtwerke haben hier großes Interesse, die Fernwärme über die Donau zu bringen. Auch die Fußgänger und Radfahrer seien auf alle Fälle ein Teil der CO₂-Senkung. Er regt eine Prüfung an, wie viel CO₂-Einsparung in diesem Bereich möglich sei. Vielleicht können sich dann die Umweltschützer eher für diesen Steg aussprechen.

Das Anliegen der Landwirte beziehe sich tatsächlich auf die Planungen des Max-Emanuel-Parks, so Stadträtin Klein. Aber Teil dieser Planung sei ja damals schon die Überlegung gewesen, Flächen für eine Vernässung zu nutzen. Insofern sei dieses Thema schon ein Baustein um den es sich handelt. Die Bedenken der Landwirte beziehen sich auf die technischen Fragen. Hier gehe es weniger um die Gestaltung, als was mit den benachbarten landwirtschaftlichen Flächen passiere. Dabei verweist sie auf den Einbau von Drainagen um die Wasserhaltung zu regulieren. Die Landwirte befürchten eine Vernässung von bestimmten Flächen und bemängeln, dass in diesem Gebiet die Bewirtschaftung der benachbarten Flächen nur teilweise oder gar nicht mehr möglich sein. Insofern sehen diese eine Beeinträchtigung ihres Gebietes und wünschen sich einen Dialog. Stadträtin Klein sei klar, dass es leichter sei über eine Planung zu sprechen, die eine gewisse Verbindlichkeit habe. Aber die Landwirte warten schon sehr lange und wünschen sich hier eingebunden und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Wenn man in den Dialog trete und erkläre was eigentlich geplant sei, könne großes Konfliktpotenzial verhindert werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf begrüßt diese Einschätzung und sichert eine zeitnahe Gesprächsführung zu.

Für die Stadtbaurätin sei es wichtig die Planer mit an Bord zu haben. Sie betont, dass vorab ein Gespräch keinen Sinn mache.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf die Zusage, auch im Naturschutzbeirat und beim Bezirksausschuss, dass nichts ohne das Einverständnis der Flächeneigentümer umgesetzt werde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.